



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

<b>Antrag</b> öffentlich <b>SPD-Fraktion</b> <b>Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>	Drucksachen-Nr.: <b>20-0789</b>
	Datum: 08.01.2015
	Aktenzeichen:

<b>Beratungsfolge</b>		
	<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Öffentlich	Bezirksversammlung	15.01.2015

## **Maßnahmenpaket Bezahlbarer Wohnraum** **Gemeinsamer Antrag von SPD- und GRÜNE-Fraktion**

Sachverhalt:

Auf Grund der wirtschaftlichen Stärke, der attraktiven Lage am Wasser, der guten sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie der reichhaltigen Bildungsangebote übt Hamburg auf viele Personen eine hohe Anziehungskraft aus. Auch langfristig muss daher mit dem weiteren Zuzug von Menschen und damit auch zusätzlichem Wohnbedarf gerechnet werden. Dies gilt auch für den Bezirk Hamburg-Nord.

Überteuerte Mieten sind Zeichen eines im Verhältnis zur Nachfrage zu geringen Wohnungsangebots. Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum ist deshalb seit Jahren wichtiger Bestandteil der Politik im Bezirk Hamburg-Nord. Trotz der deutlich intensivierten Bautätigkeit in den vergangenen Jahren kann aber kaum eine Entspannung bei der Mietpreisentwicklung festgestellt werden. Deshalb sollten weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die Mietpreisentwicklung abzufedern. Steuernd einwirken kann z. B. die Stadt durch Vorgaben beim Verkauf von städtischen Grundstücken. Auch das Baugesetzbuch bietet die Möglichkeit, durch den Erlass von Vorkaufssatzungen die Spekulation mit Grundstücken einzudämmen und Flächen im Bebauungsplan festzusetzen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude gebaut werden dürfen, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden oder die für Menschen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind.

Angesichts der Mietpreisentwicklung in Hamburg erscheint es sinnvoll, Möglichkeiten der Einflussnahme auf Grundstückspreise zu prüfen und die Handlungsmöglichkeiten zu nutzen, die das Baugesetzbuch bietet. Im Rahmen von Konzeptausschreibungen sollte auch die SAGA verpflichtet werden, längere Bindungsfristen für Sozialwohnungen vertraglich zuzusichern.

Petition/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

1. Das Vorsitzende Mitglied wird gebeten, bei der zuständigen Fachbehörde prüfen zu lassen, inwieweit es möglich ist, städtische Grundstücke für Wohnzwecke nur an Wohnungsbauunternehmen zu verkaufen, die nicht in erster Linie gewinnorientiert wirtschaften, also z.B. SAGA, Baugenossenschaften, Baugemeinschaften und Wohnprojekte.
2. Das Vorsitzende Mitglied möge bei der zuständigen Fachbehörde darauf hinwirken, dass die Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat der SAGA sich dafür einsetzen, dass sich die SAGA bei der Vergabe von Grundstücken bereit erklärt, längere Bindungsfristen für Sozialwohnungen vertraglich zuzusichern.
3. Bei der Aufstellung von bezirklichen Bebauungsplänen soll künftig durch das Bezirksamt regelhaft geprüft werden, ob die im Baugesetzbuch vorgesehene Möglichkeit für ein besonderes Vorkaufsrecht (Vorkaufssatzung) genutzt werden kann, um Spekulationen von Investoren zu verhindern.
4. Bei der Aufstellung von bezirklichen Bebauungsplänen soll künftig durch das Bezirksamt regelhaft geprüft werden, ob Flächen festgesetzt werden können, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude gebaut werden dürfen, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden oder die für Menschen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind.
5. Im Durchschnitt sollen mindestens ein Drittel aller neuen Wohnungen im Bezirk Hamburg-Nord als Sozialwohnungen errichtet werden.
6. Um gegen quartiersbezogene Mietsteigerungen konsequent vorzugehen, soll bei Bedarf geprüft werden, ob der Schutz von Mieterinnen und Mietern vor steigenden Mieten durch den Erlass von sozialen Erhaltungsverordnungen oder Umwandlungsverordnungen gewährleistet werden kann.
7. Der Bau von Auszubildenden- und Studierendenwohnheimen im Bezirk Nord wird unterstützt und vorangetrieben.

Michael Werner-Boelz  
und GRÜNE Fraktion

Thomas Domres  
und SPD-Fraktion

Anlage/n:

Keine